

ALLGEMEINES

Neue Plattform der europäischen Zivilgesellschaft. Die am 16.12.2014 in Rom gegründete Plattform Civil Society Europe (CSE) dient der Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen und anderen Interessengruppen mit einer gemeinsamen Vision für Europa, die sich das Ziel gesetzt haben, Werte wie Gleichheit, Solidarität, Partizipation und Demokratie flächendeckend zu verwirklichen und der gesamten EU-Bevölkerung Zugang zu ökonomischen, sozialen, kulturellen und bürgerlichen Rechten zu gewähren. Insbesondere geht es um die Belange verletzlicher Mitglieder der Gesellschaft und um die Implementierung von Artikel 11 des Lissabon-Vertrags, in dem ein offener, transparenter und regelmäßiger Dialog zwischen den EU-Organen und der Zivilgesellschaft gefordert wird. Inzwischen sind der CSE rund 40 europäische Dachverbände und Netzwerke beigetreten. Auf der ersten Mitgliederversammlung wurde Ende April 2015 eine neunköpfige Steuerungsgruppe gewählt, die bis zum Herbst ein Arbeitsprogramm für die kommenden drei Jahre konzipieren soll. *Quelle: BBE Europa-Nachrichten Nr. 7 vom 30.7.2015*

Ehrenamt & Freiwilliges Engagement im Sport. Hrsg. Deutscher Olympischer Sportbund. Selbstverlag. Frankfurt am Main 2015, 52 S., kostenlos *DZI-E-1183* Mit seinen mehr als 8 Mio. Freiwilligen ist der Vereinssport unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) einer der größten Akteure der Zivilgesellschaft. Diese inzwischen in der dritten Auflage vorliegende Broschüre gibt Einblick in die vielfältigen Leistungen der ehrenamtlichen Kräfte und vermittelt neue Impulse für die Engagementförderung. Dargestellt werden verschiedene Freiwilligendienste sowie statistische Zahlen zur unentgeltlichen Tätigkeit im Sportbereich mit Anmerkungen zu deren gesellschaftspolitischer Bedeutung. Darüber hinaus liefert die Publikation Anhaltspunkte zu Fragen der Motivation, Bildung und Qualifizierung, das Freiwilligenmanagement und die Anerkennungskultur. Hinweise zu einigen Projekten und zum DFB-Masterplan werden ergänzt durch Ausführungen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und eine Linksammlung wichtiger Informationsquellen und Institutionen. Bestellanschrift: Deutscher Olympischer Sportbund. Geschäftsbereich Sportentwicklung. Ressort Bildung und Olympische Erziehung, Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 00-0, E-Mail: office@dosb.de, Internet: www.dosb.de

Teilnahme an den Integrationskursen. Die im Jahr 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz eingeführten Integrationskurse beinhalten Sprachunterricht sowie einen Orientierungskurs zu Staat, Geschichte und Gesellschaft in Deutschland. Aus einer Stellungnahme der Bundesregierung geht hervor, dass in den letzten zehn Jahren fast 1,14 Mio. Menschen einen Integrationskurs begonnen

haben. Von diesen wurden 469 233 Personen von den Ausländerbehörden zu der Maßnahme verpflichtet, während der Anteil der freiwilligen Teilnehmenden von 45,7 % im Jahr 2010 auf 62,3 % im vergangenen Jahr angestiegen ist. Zur Abbruchquote liegen keine Zahlen vor. Die Gründe für eine Nichtinanspruchnahme sind laut Erkenntnissen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vor allem in einer prioritären Erwerbstätigkeit, persönlichen Belastungen durch Krankheit, Pflege oder Schwangerschaft und der finanziellen Eigenbeteiligung zu sehen. Der Deutsche Volkshochschul-Verband, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Bundesverband der Träger Beruflicher Bildung riefen vor Kurzem zu einer Öffnung der Integrationskurse für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge auf. *Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 385 vom 30.7.2015*

StiftungsStudie. Freiwilliges Engagement in Stiftungen. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Selbstverlag. Berlin 2015, 39 S., kostenlos *DZI-E-1244* Obwohl 86 % der Stiftungen in Deutschland mit Freiwilligen zusammenarbeiten, liegen bisher nur wenige Studien vor, die das ehrenamtliche Engagement im Stiftungsbereich untersuchen. Um diese Forschungslücke zu verringern, befasst sich die Studie auf der Grundlage einer Onlinebefragung von 170 Stiftungen und 15 Experteninterviews mit den Beweggründen der Stiftungen für die Beschäftigung unentgeltlicher Kräfte und mit verschiedenen Formen der Anerkennung. Dabei wird auch der Frage nachgegangen, wie Stiftungen und Freiwillige zusammenfinden und wie sich die anschließende Kooperation gestaltet. Befragt wurden Stiftungen, die beim StiftungsPanel des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen registriert sind. Bestellanschrift: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, Tel.: 030/89 79 47-0, Internet: www.stiftungen.org

SOZIALES

Unabhängige Patientenberatung soll privatisiert werden. Die vom Spitzenverband der Krankenkassen über eine Umlage der Kassenbeiträge finanzierte unabhängige Patientenberatung informiert Rat suchende Menschen mit Behinderungen in gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen. Befürchtet wird, dass durch die von der Bundesregierung und der Gesetzlichen Krankenkasse für das Jahr 2016 geplante Privatisierung dieser Dienstleistung deren Unabhängigkeit in Gefahr gerät. Nach Auffassung der niedersächsischen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen steht zu wünschen, dass die unabhängige Patientenberatung weiter ausgebaut und die Mitwirkung von Patientinnen und Patienten im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention gestärkt wird. Menschen mit einem Handicap wird empfohlen, das Gespräch mit den verantwortlichen Bundestagsabgeordneten in ihrer Region zu suchen, um ihrem Wunsch Ausdruck zu verleihen, die bewährte

nicht kommerzielle Beratung zu erhalten. *Quelle: Pressemitteilung der niedersächsischen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung vom 30.7.2015*

Reform des Wohngeldrechts. Der Bundestag hat am 2. Juli dieses Jahres den vom Bundesbauministerium eingebrachten Gesetzentwurf zu einer Wohngeldreform befürwortet, von der rund 866 000 Haushalte profitieren sollen. Vorgesehen ist eine Anhebung der Leistungen, wobei neben der Einkommensentwicklung auch der Anstieg der Mieten seit dem Jahr 2009 in die Berechnung einfließt. Um der lokal unterschiedlichen Mietsteigerung Rechnung zu tragen, werden die Miethöchstbeträge, bis zu denen die Miete bezuschusst wird, regional gestaffelt angehoben. Dabei soll sich das Wohngeldleistungsniveau um rund 39 % erhöhen, so dass beispielsweise ein Zwei-Personen-Haushalt künftig durchschnittlich 186 Euro statt der bisherigen 115 Euro Wohngeld monatlich erhalten wird. Da das Wohngeld von Bund und Ländern je zur Hälfte gezahlt wird, bedarf der Entwurf noch der Zustimmung des Bundesrates. Der Beschluss wird voraussichtlich zum 1. Januar 2016 in Kraft treten. *Quelle: Städtetag aktuell Juni 2015*

Neue Internetseite zum Blindengeld. Als Wegweiser für die je nach Bundesland unterschiedlichen Bestimmungen zum Blindengeld hat der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) eine Homepage mit aktuellen Informationen eingerichtet, auf der auch auf Kürzungen und komplette Aufhebungen dieser Leistungen hingewiesen wird. Nach Meinung des DBSV bedarf es einer bundesweit einheitlichen Verfahrensweise. Das Blindengeld ist ein freiwilliger Nachteilsausgleich der Bundesländer für Mehrausgaben, die aufgrund einer Sehbeeinträchtigung anfallen können, wie beispielsweise für Haushalts-hilfen, Vorlesen oder die Übertragung von Texten in Blindenschrift oder gesprochene Sprache. Sozialhilfebe-rechtigte Betroffene erhalten hierfür bundesweit einen Satz von 653,96 Euro monatlich. Im Übrigen bewegen sich die Beträge zwischen 266 Euro in Brandenburg und 562,39 Euro in Hessen. Die Onlineauskunft ist unter www.blindengeld.dbsv.org zu finden. *Quelle: Pressemitteilung des DBSV vom 29.7.2015*

Bundesregierung lehnt Wohnungsnotfallstatistik ab. Anlässlich einer Kleinen Anfrage der Grünen erklärte die Bundesregierung, dass sie für die Erstellung einer Wohnungsnotfallstatistik nicht zuständig sei, denn es handele sich hierbei um eine Angelegenheit der Länder und Kommunen. Demgegenüber vertritt die Bundesar-beitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) den Standpunkt, nur der Bund sei in der Lage, für bundes-einheitliche und vergleichende Statistiken im gesamten Bundesgebiet zu sorgen. Da ein Großteil der wohnungs-losen Menschen erfasst werde, sei eine bundesweite Erhebung durchaus realisierbar. Die Ursache der Woh-nungslosigkeit liege nicht, wie häufig angenommen, in

7.10.2015 Frankfurt am Main. IGfH-Fachtag: Anspruch und Wirklichkeit in der Heimerziehung – Unmögliches möglich machen? Information: Internationale Gesell-schaft für erzieherische Hilfen (IGfH), Galvanistraße 30, 60486 Frankfurt am Main, Frau Sabine Isenmann, Tel.: 069/63 39 86 14, E-Mail: tagungen@igfh.de

8.-9.10.2015 Berlin. Fachtagung: Zukunftsfähige Hilfen zur Erziehung zwischen Einzelfallhilfe und Lebenswelt-orientierung. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmer-straße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, E-Mail: agfj@difu.de

8.-9.10.2015 Stuttgart. Seminar: Interkulturelle Öffnung der Verwaltung – Herausforderung und Chance für die Kommunen. Information: Deutsches Institut für Urba-nistik, Frau Sylvia König, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 12 58, E-Mail: koenig@difu.de

9.-11.10.2015 Berlin. 1. Fachtagung Gruppenanalytische Supervision und Organisationsberatung der D3G: Grup-penanalytische Supervision – Begegnung in Auseinan-dersetzung, Zusammenhalt und Innovation. Information: Geschäftsstelle D3G, Frau Bohnhorst, Schlangenweg 11 A, 34117 Kassel, Tel.: 05 61/207 60 02, E-Mail: info@d3g.org

12.-14.10.15 Münster. Fachkonferenz SUCHT 2015. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, Internet: www.dhs.de

21.-22.10.2015 Nürnberg. ConSozial 2015 – Kongress-Messe der Sozialwirtschaft. Information: Besucherbüro ConSozial, Rummelsberg 28, 90592 Schwarzenbruck, Tel.: 091 28/50 26 01, E-Mail: info@consozial.de

22.10.2015 Luzern/Schweiz. Luzerner Tagung zum Sozialhilferecht. Kinder und Jugendliche in der Sozial-hilfe. Information: Hochschule Luzern, Soziale Arbeit, Frau Jlanit Schumacher, Werftstrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 00 41/413 67 48 83, E-Mail: jlant.schumacher@hslu.ch

29.10.2015 Berlin. Fachtagung: Wirksamkeit in der beruflichen Rehabilitation von Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Information: Rotkreuz-Institut Berufsbildungswerk im DRK Berlin gGmbH, Krampnit-zer Weg 83-87, 14089 Berlin, Tel.: 030/36 50 21 17, E-Mail: heidenreich.i@bbw-rki-berlin.de

29.-30.10.2015 Essen. Fachkongress: Familien mit Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfe – Herausforderung Kultursensibilität. Information: Die Kin-derschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

individuellen psychosozialen Defiziten begründet, sondern in einer zunehmenden Verarmung und der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt. Ohne effektive Interventionen werden nach Prognosen des Deutschen Mieterbundes in Deutschland bis zum Jahr 2017 über 800 000 Mietwohnungen fehlen. *Quelle: Pressemitteilung der BAG W vom 28.7.2015*

GESUNDHEIT

Ausländische Kräfte in der Pflegebranche. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatten im Jahr 2013 rund 373 000 (12,4 %) der drei Millionen Beschäftigten in Pflegeberufen einen Migrationshintergrund. Von diesen wiederum stammten 76 000 (20,4 %) aus Polen, 47 000 (12,6 %) aus Bosnien und Herzegowina und 31 000 (8,3 %) aus Kasachstan. Die Pflege sei insgesamt zu 83 % von Frauen ausgeübt worden. Bei den zugewanderten Pflegenden lag der ermittelte Frauenanteil bei 93 %. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung sind 60 % der Pflegeeinrichtungen mit den beschäftigten Migrantinnen und Migranten zufrieden oder sehr zufrieden. Man könne davon ausgehen, dass bis zum Jahr 2025 zwischen 150 000 und 370 000 zusätzliche Kräfte benötigt werden. *Quelle: häusliche-pflege-newsletter vom 30.7.2015*

Die Aussagekraft von Länderrankings im Gesundheitsbereich. Eine Analyse des Einflusses der Altersstruktur auf die OECD-Daten. Von Verena Finkenstädt und Frank Niehaus. Wissenschaftliches Institut der PKV, Selbstverlag. Köln 2015, 120 S., kostenlos *DZI-E-1248* Die Gesundheitsstatistiken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verleiten häufig zu der Schlussfolgerung, Deutschland belege im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz in Bezug auf die Gesundheitsausgaben und die Anzahl der durchgeführten medizinischen Operationen. Diese Studie hinterfragt die Wertigkeit der OECD-Länderrankings mit dem Argument, dass hier die Altersstruktur der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt werde. Mit Blick auf 15 chirurgische Eingriffsarten gehen die Autorin und der Autor der Frage nach, welche Rangposition Deutschland in einem Ländervergleich der Fallzahlen sowie der finanziellen Aufwendungen einnimmt, wenn der Parameter des Alters angemessen in die Erhebung mit einfließt. Den Ergebnissen zufolge bietet das deutsche Gesundheitssystem ein hohes Maß an Leistung zu moderaten Kosten. Die verbreitete Annahme einer Überversorgung lasse sich nicht bestätigen. Bestellanschrift: Wissenschaftliches Institut der PKV, Gustav-Heinemann-Ufer 74c, 50968 Köln, Tel.: 02 21/99 87-16 52, Internet: wip-pkv.de

Hilfe für fremdsprachige Patientinnen und Patienten. Mit dem Ziel, die Kommunikation zwischen medizinischen sowie psychotherapeutischen Fachkräften und

deren fremdsprachigen Patientinnen und Patienten zu verbessern, hat der Bundesverband der Dolmetscher und Übersetzer in Kooperation mit einigen weiteren Akteuren im Juli dieses Jahres die Initiative „Sprachmittlung im Gesundheitswesen“ ins Leben gerufen. Hingearbeitet wird auf verbindliche Standards für einen barrierefreien Zugang zum Gesundheitssystem. Das Vorhaben stützt sich auf die Beschlüsse der 88. Gesundheitsministerkonferenz und der 10. Integrationsministerkonferenz 2015, in denen eine gesicherte Finanzierung von Dolmetscherleistungen für erkrankte Asylsuchende und Flüchtlinge gefordert wird. *Quelle: medhochzwei Medien für das Gesundheitswesen vom 22.7.2015*

Sucht in Familien. Dokumentation ausgewählter Beiträge der Modellfachtage „Jugend(s)Sucht Hilfe“ und „Du liegst mir am Herzen“, 2009-2013. Hrsg. Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Selbstverlag. Münster 2015, 96 S., kostenlos *DZI-E-1250* Kinder und Jugendliche aus suchtbelasteten Familien und junge Erwachsene mit einer eigenen Suchtproblematik sind häufig einer Vielzahl gesundheitlicher und sozialer Risiken ausgesetzt. Die hier zusammengetragenen Fachbeiträge entstanden im Kontext von sechs Tagungen zur Förderung der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Suchthilfe. Anhand von Praxisbeispielen wird aufgezeigt, was bei der Koordination dieser Institutionen zu beachten ist. Dabei fällt der Blick auf das Zusammentreffen von Sucht und anderen psychischen Krankheiten, auf die Belange schwangerer suchtkranker Frauen, auf Hilfmöglichkeiten für Kinder suchtbetroffener Eltern und auf Herausforderungen in Bezug auf die Medien- und Onlinesucht in der Adoleszenz. Im Fokus stehen neben regionalen Vernetzungsstrukturen auch spezifische Initiativen wie die Einrichtung „Auxilium Therapeutisches Wohnen“ in Hamm und der Anlaufpunkt „Lobby“ in Paderborn. Bestellanschrift: Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Koordinationsstelle Sucht, Wareндorfer Straße 27, 48145 Münster, Tel.: 02 51/591-32 67, Internet: www.lwl-ks.de

Kritik am neuen Nachwachenschlüssel in Bayern. Seit dem 1. Juli dieses Jahres gilt für den Nachtdienst in bayerischen Pflege- und Seniorenheimen eine Neuregelung, nach der sich eine Pflegekraft um maximal 40 Bewohnerinnen und Bewohner kümmern soll. Da hierfür angesichts der mangelnden Refinanzierung mehr als 12 % des Tagespersonals in die Nacht verlegt werden müssen, besteht laut dem Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) die Gefahr, dass tagsüber Personalengpässe entstehen. Damit die anfallenden Kosten nicht zulasten der Betroffenen gehen, rät der VDAB, die Novelle außer Kraft zu setzen oder die hierfür nötigen Mittel bereitzustellen. *Quelle: Pressemitteilung des VDAB vom 20.7.2015*

JUGEND UND FAMILIE

Gemeinschaftliches Wohnen in Rheinland-Pfalz.

Mit Blick auf die Interessen vieler älterer und behinderter Menschen entstanden in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren zahlreiche neue Mehrgenerationenhäuser und Pflegewohngemeinschaften – ein Prozess, der von dem Forschungsprojekt „Gemeinschaftliche Wohnprojekte und Nachbarschaft. Entstehungsbedingungen, subjektive Konzepte und Erfolgsfaktoren“ der Technischen Universität Kaiserslautern begleitet wurde. Wie die auf einem Aktionstag am 24. Juli dieses Jahres vorgestellten Befunde zeigen, sind die neuen Netzwerke geeignet, bedürfnisgerechtes Wohnen, ein ansprechendes Wohnumfeld und gute Nachbarschaft zu verbinden. Zugleich seien die Erwartungen im Hinblick auf die Barrierefreiheit mit beträchtlichen Kosten verbunden. Eine Studie und eine Broschüre zum Zusammenwohnen in Rheinland-Pfalz können unter www.wohnen-wie-ich-will.rlp.de im Internet eingesehen werden. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 24.7.2015*

Sexualität und Schwangerschaft von Menschen mit geistiger Behinderung.

Die donum vitae Schwangeren-Beratungsstellen helfen Menschen mit geistiger Behinderung bei Fragen zu Sexualität und Schwangerschaft. Betroffene, gesetzliche Betreuer und Angehörige können diese Beratung getrennt oder gemeinsam in Anspruch nehmen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Ebenso können Broschüren zu Schwangerschaft und Geburt, Liebe, Sex und Verhütung, Rat und Hilfe in der Schwangerschaft sowie die Handreichung „Das ist wichtig bei der rechtlichen Betreuung“ im Internet unter http://www.donumvitae.org/beratung_in_leichter_sprache heruntergeladen sowie beim donum vitae Bundesverband, Thomas-Mann-Straße 4, 53111 Bonn oder per E-Mail info@donumvitae.org bestellt werden. *Quelle: Newsletter BTPrax Juli 2015*

Studie zu den Langzeitfolgen von Missbrauch in Institutionen.

An der Fakultät für Psychologie der Universität Wien findet seit Juni 2014 die vom Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF finanzierte „Wiener Heimstudie“ statt, die darauf angelegt ist, anhand von Kurz- und Tiefeninterviews die Langzeitfolgen emotionaler, sexueller und körperlicher Gewalt in Institutionen zu dokumentieren, um daraus Ansätze für die Prävention und für die heutige Unterstützung der Missbrauchsoffer zu erarbeiten. Untersucht werden die Biographien von Personen aus Einrichtungen der Stadt Wien, die sich an die Opferschutzorganisation „Weißer Ring“ gewandt und auch Entschädigungszahlungen erhalten haben. Dabei gilt das Interesse zum einen den Risikofaktoren, die zu einer Vorhersage bestimmter Formen des Missbrauchs beitragen können. Zum anderen wird entlang

der internationalen Diagnose- und Klassifikationssysteme den durch den Missbrauch verursachten psychischen Verletzungen nachgegangen. Hierbei zeigte sich bereits, dass traumatisierende Erlebnisse in der Kindheit häufig zu seelischen Beeinträchtigungen im Erwachsenenalter führten. Auch in sozialer Hinsicht sind negative Auswirkungen zu beobachten. Weitere Ergebnisse sollen nach Abschluss der Studie Ende Mai 2017 vorliegen. *Quelle: Presseinformation der PR&D – Public Relations für Forschung & Bildung Wien vom 13.7.2015*

Jugendliche wünschen Landesheimrat in Nordrhein-Westfalen.

Um Ideen für die Umsetzung der im Bundeskinderstutzgesetz verankerten Mitwirkung Jugendlicher in nordrhein-westfälischen Einrichtungen der Erziehungshilfe zu sammeln, fand im Juni dieses Jahres die zweitägige Fachtagung „Gehört werden“ statt, in deren Rahmen sich 80 institutionell betreute junge Menschen mit Fachkräften der Jugendhilfe über ihre Mitspracherechte austauschen konnten. Das Ziel der Tagung bestand darin, eine Beteiligungsstruktur aufzubauen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, ihre Rechte wahrzunehmen und sich zu vernetzen. So wurde ins Auge gefasst, einen Landesheimrat nach dem Beispiel Hessens und Bayerns zu gründen und weitere Fachtage und bundesweite Treffen zum Thema Beteiligung abzuhalten. Gemeinsam mit dem Landesjugendministerium werden die Landesjugendämter weitere Schritte überlegen. In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 680 Jugendheime mit etwa 28 000 Plätzen. *Quelle: Pressemitteilung des Landschaftsverbandes Rheinland vom 2.7.2015*

AUSBILDUNG UND BERUF

Prüfverfahren zur Entgeltgleichheit in Berlin.

Nach Erkenntnissen des Statistischen Bundesamtes liegt der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in Deutschland seit mehr als 15 Jahren konstant bei knapp über 20 %. Der Berliner Senat möchte diesen Missstand beseitigen und beschloss auf einer Sitzung am 30. Juni dieses Jahres, dem im öffentlichen Dienst in Berlin beobachtbaren Lohngefälle von 11 % durch die Einführung des sogenannten „eg-check-Verfahrens“ entgegenzuwirken. In Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll unter Leitung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ein Projekt initiiert werden, in dessen Kontext die in der Entgeltordnung enthaltenen Ungleichheitspotenziale anhand von Beispielen so analysiert werden, dass die Tarifparteien darüber verhandeln können. Erste Ergebnisse werden zum Equal Pay Day im März 2016 vorgestellt. *Quelle: Pressemitteilung des Landes Berlin vom 30.6.2015*

USA-Praktika für Fachkräfte aus dem Jugendsozialbereich. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit führt im Jahr 2016 wieder das

Programm „USA-Austausch für Fachkräfte aus dem Sozialbereich“ durch. Dieses eröffnet Fachkräften aus den Bereichen Soziales, Jugendarbeit und Jugendhilfe die Perspektive, dreimonatige Praktika in den USA zu absolvieren, um Netzwerke zu bilden und individuelle sprachliche und interkulturelle Kompetenzen zu erweitern. Die Unterbringung erfolgt in Gastfamilien. Von den maximal 10 Teilnehmenden werden eine abgeschlossene Berufsausbildung, zwei bis drei Jahre Berufserfahrung und gute Englischkenntnisse erwartet. Bewerbungsschluss ist am 7. Dezember 2015. Weitere Hinweise können im Internet unter www.giz.de/usa-sozialpraktika eingesehen werden. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH vom 16.7.2015*

Der Schreibimpulsfächer: Inspirationen für das Selbstcoaching beim Schreiben. Von Ingrid Scherübl und Katja Günther. Verlag Barbara Budrich. Opladen 2015, EUR 12,99 *DZI-E-1252*

Beim Verfassen wissenschaftlicher Texte entstehen nicht selten Schreibhemmungen, Schreibblockaden oder Phasen mangelnder Inspiration. Um solchen Hindernissen abzuweichen, bietet dieser aufklappbare Schreibimpulsfächer in Kartenform kompakte Tipps für problematische Situationen im Schreibprozess. Die Anregungen beziehen

sich auf die Arbeitsumgebung, den Einstieg, den Gesamtüberblick, die Motivation und die Bewältigung einzelner Schritte. Beispielsweise finden sich hier Impulse zur Strukturierung von Schreibsituationen, zur Formulierung, zur Ideenfindung und zur Gestaltung von Pausen. Bestellanschrift: Verlag Barbara Budrich, Budrich Uni-Press Ltd., Stauffenbergstraße 7, 51379 Leverkusen, Tel.: 021 71/34 45 94, Internet: www.budrich-academic.de

Internetportal zu Freiwilligentätigkeiten. Wer nach Abschluss der Schule noch keine konkreten Zukunftspläne hat, findet im Internet unter www.ein-jahr-freiwillig.de eine Freiwilligenbörse mit zahlreichen Angeboten aus dem Umfeld der Evangelischen Kirche in Deutschland, wie unter anderem der Entwicklungsarbeit, der Behindertenhilfe, der Krankenpflege und der Jugendarbeit sowie handwerklichen, kulturellen, politischen oder sportlichen Tätigkeiten und dem Umweltschutz. Die Börse kann auch als App in den Stores für iPhones und Android-Smartphones gratis erworben werden. *Quelle: Pressemitteilung der Evangelischen Publizistik gemeinnützige GmbH vom 10.7.2015*



**Bank
für Sozialwirtschaft**



Fundraising professionalisieren.

Zum Beispiel mit unserem BFS-Net.Tool XXL. Generieren Sie Spenden im Internet und automatisieren Sie den Eingang Ihrer Spendenströme direkt auf Ihr Konto. Sie brauchen kein Programm zu installieren oder Ihre Homepage umzubauen.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0221 97356-0 | bfs@sozialbank.de
www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches